

SOWJETZONE

„Kritik und Selbstkritik“

Auf seiner 8. Tagung bestätigte der Bundesvorstand des sowjetzonalen FDGB jene Beschlüsse, zu denen das Politbüro der SED Ende November vorigen Jahres aufgefordert hatte (vgl. Januarheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ S. 59—61). Es war zu erwarten, daß gerade auch der FDGB von jener Orgie der „Kritik und Selbstkritik“ erfaßt werden würde, die sich seit Wochen in der Sowjetzone austobt. Ebenso wie die

SED-Führung bestimmt hat, daß die parteipolitischen Körperschaften weitgehend neu zu besetzen sind, ergibt sich auch für den FDGB der Zwang zur umfassenden Überholung seines Apparats. Die übrigen „Massenorganisationen“ und die Organe der staatlichen Verwaltung sind dem gleichen Gebot der „Kritik und Selbstkritik“ unterworfen.

Hinter dieser Kampagne scheint — vor allem bei gewissen sowjetischen Stellen — das Wissen um die fehlende Massenbasis des

gegenwärtigen Regimes zu stecken. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob sich daran durch die Methode der „Kritik und Selbstkritik“ etwas ändern wird. In der SED-Presse hat man in den letzten Wochen eine Serie von geradezu grotesken Selbstbezeichnungen lesen können. Den Vogel hat dabei ein gewisser Ernst Lohagen abgeschossen, der dann schließlich nach aller Selbstkritik doch noch selbst abgeschossen wurde: als Mitglied des Zentralkomitees, als 1. Landessekretär der SED in Dresden und als Landesleiter der „Nationalen Front“ in Sachsen. Ein anderes drastisches Beispiel bietet Fritz Selbmann, auf den es Walter Ulbricht als besonderer Vertrauensmann der Sowjets seit langem abgesehen hatte und dem nun die Leitung des Ministeriums für Bergbau und Hüttenwesen zumindest zeitweilig entzogen wurde. Die Hauptanklage gegen Selbmann lautete, daß er sich von den Massen losgelöst habe.

Eben diese Kritik kehrt als kollektive Selbstanklage in einer ellenlangen Entschliebung des FDGB-Vorstandes wieder. Dort ist vom „Bürokratismus von Gewerkschaftsbeamten“ die Rede, „die sich völlig von den werktätigen Massen losgelöst haben“, und von der „berechtigten Unzufriedenheit aller Werktätigen über die schlechte bürokratische Arbeit vieler Gewerkschaftsleitungen“. Den Funktionären wird „Herzlosigkeit und Kälte gegenüber den Sorgen unserer Arbeiter“ vorgeworfen. Auch von Schönfärberei wird gesprochen, von Überheblichkeit, Kommandieren, Mißachtung und anderem mehr. Dem Berliner FDGB werden „besondere Schwächen“ angekreidet. Vor allem sei ein „Zurückweichen vor der ideologischen Überzeugungsarbeit unter den Arbeitern Westberlins“ festzustellen.

Die FDGB-Entschliebung spricht auch von einer „geradezu sträflichen Vernachlässigung der täglichen Sorge um die berechtigten, im Rahmen des Planes erfüllbaren materiellen und sozialen Forderungen der Arbeiter“. Hieraus wird sichtbar, daß die „Kritik und Selbstkritik“ der in totalitären Regimen besonders ausgeprägten Blitzableitermethode nutzbar gemacht werden soll. Die Unzufriedenheit der breiten Schichten der Bevölkerung ist groß. Der Rahmen des Planes ist eng. Nun soll den Arbeitern weisgemacht werden, daß sich innerhalb des Planes vieles bessern ließe — wenn die unteren und mittleren Funktionäre nur wollten. Aber auch die zentralen Gewerkschaftsstellen müssen herhalten, nur die Spitze des Staates und der Partei ist über jede Kritik erhaben.

„Neues Deutschland“ hat in seinem Kommentar zu den Beschlüssen des FDGB-Vor-

standes ausgeführt, es müsse endlich mit der Methode Schluß gemacht werden, für aufgedeckte Mißstände allein die Betriebsgewerkschaftsleitungen verantwortlich zu machen. Denn der Krebschaden sei die völlig falsche bürokratische Arbeitsweise der zentralen Gewerkschaftsstellen. Es müsse mit der Übung Schluß gemacht werden, „daß Gewerkschaftsfunktionäre in Reden, Entschliebungen und Artikeln auswendig gelernte Formeln von der Sorge um den Menschen, von Kritik und Selbstkritik, von innergewerkschaftlicher Demokratie, von Anleitung der unteren Funktionäre und ähnliches mehr deklarieren, ihre Ausführungen sogar mit den passenden Zitaten aus den Werken Lenins und Stalins schmücken — in der Praxis aber nichts tun, um von alledem auch nur ein Jota zu verwirklichen“. Mit anderen Worten heißt dies» daß die SED-Zentrale nicht recht an die Ernsthaftigkeit dessen glaubt, was vom FDGB-Vorstand beschlossen wurde und daß sich die Partei vorbehält, den Skalp derer zu fordern, die nicht spüren. Drohend wird im sadistischen Zentralorgan festgestellt, daß die Schuldigen „mit Namen und Adresse“ genannt würden, falls die gefaßten Beschlüsse von einzelnen Gewerkschaftsinstanzen als dehnbare Gummi behandelt werden sollten.

Zu welchen praktischen Folgerungen ist nun die 8. Tagung des sowjetzonalen Bundesvorstandes gekommen? Sie hat festgestellt, daß man es bei den meisten Gewerkschaftsleitungen mit „aufgeblähten Apparaten“ zu tun habe: beispielsweise beschäftige der FDGB-Kreis vorstand in Chemnitz 63 hauptamtliche Funktionäre, und bei der Bezirksleitung der IG Chemie in Sachsen-Anhalt seien es gleichfalls über 60. Der aufgeblähte Apparat soll nun auf der ganzen Linie — beim Bundesvorstand, bei den Bezirksleitungen und bei den Verbänden — um 50 vH. vermindert werden. Es bedarf keiner besonders entwickelten Phantasie, um sich vorzustellen, daß aus dem hauptamtlichen Funktionärbestand vor allem diejenigen ausgesondert werden, denen die gewerkschaftliche Tradition noch heute anzumerken ist oder die sich als SED-Mitglieder „versöhnlicher“ Tendenzen schuldig gemacht haben.

Auf der anderen Seite soll jedoch ein bedeutender Ausbau des FDGB-Apparats auf der betrieblichen Ebene erfolgen. Und zwar nicht nur durch die Verstärkung der hauptamtlichen Kräfte bei den sogenannten Betriebsgewerkschaftsleitungen, sondern darüber hinaus auch durch die „Verlagerung auf die Abteilungen“. Um diesen Ausbau finanzieren zu können, sollen in Zukunft 40 (statt bisher 15) vH. der Mitgliedsbeiträge für den betrieblichen Funktionärapparat zur

Verfügung stehen. Für 130 Betriebe sollte damit schon am 1. März begonnen werden, und im Laufe des Jahres beabsichtigt man, die Neuregelung auf sämtliche Betriebe auszudehnen. In der Entschließung des Bundesvorstandes wird diese Maßnahme dargestellt als „eine in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung beispiellose Errungenschaft unserer Gewerkschaften“. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes als darum, daß die Kontrolle der Arbeiterschaft und der Arbeitskraft in stärkerem Maße auf der betrieblichen Basis durch den Apparat der sogenannten Gewerkschaften wahrgenommen werden soll. Das Kontroll- und Antreibersystem des FDGB-Apparats wird durch eine Neuverteilung der Beiträge verschärft und dann gleichzeitig als eine bedeutende Errungenschaft und als „ein großer Erfolg der bisherigen Gewerkschaftsarbeit“ herausgestellt. Als einen anderen großen Erfolg bezeichnet die „selbstkritische“ Entschließung des Bundesvorstandes die geplante Überleitung der gesamten Sozialversicherung auf die Gewerkschaften. „In der Perspektive“ sollen

die Industriegewerkschaften die volle Verantwortung für die Sozialversicherung übernehmen. Im Jahre 1952 will man dieses Prinzip zunächst bei den Industriegewerkschaften Metallurgie, Bergbau und Eisenbahn verwirklichen. Aus den Erläuterungen ergibt sich, daß es sich in erster Linie um eine „Mitbestimmung“ im Sinne der Platzverteilung in Ferien- und Erholungsheimen handelt.

Die „volle Verantwortung“ für die Sozialversicherung, wie sie geplant ist, wird keine Erweiterung echten gewerkschaftlichen Einflusses bedeuten, sondern die Übernahme von Verwaltungsfunktionen, die an die Stelle der fehlenden gewerkschaftlichen Interessenvertretung gesetzt werden. Im Zeichen der Selbstkritik sind zahlreiche sowjetzonale Gewerkschaftsleitungen als „bürokratische Anhängsel von Ministerien und Betriebsleitungen“ abgestempelt worden. Diese Tendenz wird durch die der „Kritik und Selbstkritik“ zugrunde liegende Politik nicht abgeschwächt, sie wird im Gegenteil noch wesentlich verstärkt. **W. B.**